

## **Antrag**

**der Abgeordneten Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, Peter Felser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Johannes Huber, Karsten Hilse, Andreas Bleck, Marc Bernhard, Dietmar Friedhoff, Udo Theodor Hemmelgarn, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Robby Schlund, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Heiko Wildberg und der Fraktion der AfD**

### **Weidetierschutz verbessern – Tödliche Wolfsangriffe reduzieren**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anzahl der tödlichen Angriffe auf Haus- und Nutztiere durch Wölfe hat in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zugenommen ([www.agrarheute.com/land-leben/wolfsangriffe-nutztiere-jahr-um-40-prozent-gestiegen-571571](http://www.agrarheute.com/land-leben/wolfsangriffe-nutztiere-jahr-um-40-prozent-gestiegen-571571)). Mit mehreren Tausend getöteten Weidetieren ist die Schmerzgrenze der Weidetierhalter in Deutschland deutlich überschritten ([www.wolfsmonitoring.com/monitoring/nutztierrisse/](http://www.wolfsmonitoring.com/monitoring/nutztierrisse/)). Dieses verursacht erhebliches Leid und Schäden bei den Haltern dieser Tiere ([www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/neue-regelungen-zum-umgang-mit-dem-wolf-treten-in-kraft-11997119.html](http://www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/neue-regelungen-zum-umgang-mit-dem-wolf-treten-in-kraft-11997119.html)). Die Anzahl der Wölfe wurden bis ins 19. Jahrhundert intensiv reduziert und die Population des europäischen Grauwolfes nach Osteuropa verdrängt, um den Schaden für Menschen und seine Haustiere zu minimieren (<https://chwolf.org/woelfe-in-der-schweiz/geschichtlicher-hintergrund-ch>). Eine Wiederansiedlung der Wölfe in einer dichtbesiedelten Kulturlandschaft birgt jedoch großes Konfliktpotential. Die Herdenschutzmaßnahmen durch wolfsabweisende Zäune und/oder Herdenschutzhunden haben sich bisher als ineffizient und sehr kostenintensiv herausgestellt und sind damit existenzgefährdend ([www.schafzucht-online.de/Themen/Herdenschutz/Schaefereien-geben-auf-der-Wolf-ist-schuld,QUIEPTY2NDY40TcmTUIEPTE3NTg5Mw.html?UID=E130FD380227A43359B9CB56F991C728A0E7FEC265EA8E](http://www.schafzucht-online.de/Themen/Herdenschutz/Schaefereien-geben-auf-der-Wolf-ist-schuld,QUIEPTY2NDY40TcmTUIEPTE3NTg5Mw.html?UID=E130FD380227A43359B9CB56F991C728A0E7FEC265EA8E)).

Bundesweit einheitliche Standards mit der notwendigen Rechtssicherheit für eine Bestandsregulierung der Wolfspopulation, um eine weitere Schadensausweitung zu verhindern, sind bereits jetzt schon eine zwingende Voraussetzung für einen effektiven Weidetierschutz. Da Wölfe keine natürlichen Feinde in Deutschland haben, kommt es bei zunehmender Vermehrung zu einer Störung des natürlichen Gleichgewichtes, in das der Mensch im Interesse der Umwelt eingreifen muss ([www.swr.de/natuerlich/steckbrief-der-wolf/-/id=100810/did=18408750/nid=100810/2yr7c/index.html](http://www.swr.de/natuerlich/steckbrief-der-wolf/-/id=100810/did=18408750/nid=100810/2yr7c/index.html)).

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass der günstige Erhaltungszustand des europäischen Grauwolfes in Mitteleuropa mit mehr als 17.000 Tiere bereits deutlich überschritten ist und deshalb eine Bestandsreduzierung aus artenschutzrechtlichen Gründen möglich ist, um die ökologisch wichtige Weidetierhaltung zu erhalten ([www.wwf.at/de/menu577/](http://www.wwf.at/de/menu577/)). Dieses fordern bereits auch führende Politiker aus verschiedenen Bundesländern ([www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Stephan-Weil-Mehr-Abschuesse-von-Woelfen-in-Niedersachsen-notwendig](http://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Stephan-Weil-Mehr-Abschuesse-von-Woelfen-in-Niedersachsen-notwendig)). Wie in Schweden oder Frankreich als Vorbild, kann die Anzahl der schädigenden, europäischen Grauwölfe auch in Deutschland umgehend, deutlich reduziert werden ([www.natuerlich-jagd.de/news/noch-mehr-wolfsabschuesse-in-frankreich.html](http://www.natuerlich-jagd.de/news/noch-mehr-wolfsabschuesse-in-frankreich.html)). Zum Schutz der Bevölkerung sind in Deichregionen und Tourismusgebieten wolfsfreie Zonen auszuweisen ([www.welt.de/regionales/hamburg/article189081865/Schleswig-Holstein-Zum-Schutz-der-Schafe-Deiche-sollen-wolfsfreie-Zonen-werden.html](http://www.welt.de/regionales/hamburg/article189081865/Schleswig-Holstein-Zum-Schutz-der-Schafe-Deiche-sollen-wolfsfreie-Zonen-werden.html)). Der Schutz der Rechtsgüter Leben, Gesundheit und Eigentum sind dem Wolfschutz übergeordnet. Die unverzügliche Entnahme von Wölfen aus den für die Allgemeinheit frei zugänglichen Gebieten ist durchzuführen. Hierbei ist eine Sicherheitsdistanz zu Ortschaften einzuhalten. Der Deutsche Bundestag fordert nachdrücklich die Entnahme, auch Tötung, von „Nutztierbeutespezialisten“ (Problemwölfe) und deren Rudel. Eine Entnahme hat vor Vergrämung zu stehen.

## II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. die Anzahl der tödlichen Weidetierangriffe durch Wölfe in Deutschland deutlich zu reduzieren,
2. die Anzahl der Betriebsaufgaben unter den deutschen Schafhaltern, verursacht durch Wolfsangriffe durch eine zeitnahe und effektive Bestandsreduzierung des stark wachsenden Wolfsbestandes zu minimieren,
3. die akute Bedrohung der Weidetierhaltung in den touristisch wichtigen Regionen der Küste, den Heide- und Bergregionen zu verringern,
4. die letale Entnahme von Problemwölfen mit Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zum regulierenden Eingriff in die europäischen Grauwolfpopulation in Deutschland mit Nachdruck durchzuführen,
5. den natürlichen Herdenschutz bei Weidetieren wirksam bleiben zu lassen, indem eine Rudelentnahme bei Weidetierherdenangriffe in das Bundesnaturschutzgesetz nach §16 Abs.1 aufgenommen wird,
6. die Entschädigungsleistungen bei Risschäden von Billigkeitsleistungen auf einen garantierten Rechtsanspruch zu ändern,
7. die maximale Höhe der Billigkeitsleistungen von 25.000 Euro für drei Jahre auf 50.000 Euro/Jahr/Unternehmen bundesweit zu erhöhen und gleichzeitig die demini Grenze anzupassen,
8. die Rissgutachterausswahl und -schulung in einem rechtlich festgelegten Rahmen durchzuführen, bei dem langjährige fachliche Kenntnisse der Weidetierhaltung nachgewiesen werden müssen,
9. bei Schutzmaßnahmen gegen Wolfsangriffe die Kosten für Anschaffung, Arbeit, Unterhalt, Folgekosten und Pflege zu 100 % zu übernehmen,
10. die Gesetzgebung des Baugesetzbuches so zu ändern, dass der Bau von hohen, wolfsabweisenden Zäunen in gefährdeten Gebieten möglich ist,
11. die Entschädigung bei Nutztierverlusten zu gewähren, wenn der Wolf als Verursacher nicht ausgeschlossen werden kann,
12. die Gebietskulisse der Förderrichtlinien bundesweit auszuweiten und wolfsfreie Zonen in ökologisch sensiblen Gebieten auszuweisen,

13. die Präventionsmaßnahmen bei Gefahr innerhalb von drei Monaten nach Beantragung zu bezahlen,
14. die Halter von notwendigen Herdenschutzhunden in Wolfsgebieten von der Tierhalterhaftung freizustellen,
15. die Aufnahme des Wolfes in das Behandlungsrecht einer fachlich anerkannten Naturschutzorganisation zu unterstützen,
16. die Entnahme von Wolfsrudeln in denen sich „Nutztierbeutespezialisten“ (Problemwölfe) befinden, nach den LCIE Leitlinien „Managementpläne für Großraubtieren auf Populationsebene“ anzuordnen,
17. das Vordringen der Wölfe in Dörfer und Städte tagsüber zu verhindern, indem solche verhaltensauffälligen Wölfe kurzfristig, letal entnommen werden,
18. die jüngste Habitatsanalyse zur Wolfsverbreitungsmöglichkeit in Deutschland, mit bis zu 14.000 Individuen, auf ihre daraus entstehenden, potentiellen Steuerkostenbelastungen zu überprüfen,
19. den Schutz der Rechtsgüter Leben, Gesundheit und Eigentum per Gesetzesbeschluss über den Wolfschutz zu stellen.

Berlin, den 12. Januar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## **Begründung**

Die stark steigenden, tödlichen Wolfsangriffe auf Weidetiere in Deutschland richten hohe wirtschaftliche Schäden an und traumatisieren die Besitzer ([www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/neue-regelungen-zum-umgang-mit-dem-wolf-treten-in-kraft-11997119.html](http://www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/neue-regelungen-zum-umgang-mit-dem-wolf-treten-in-kraft-11997119.html)). Die Angriffe haben in der Schafhaltung bereits existenzvernichtende Dimensionen angenommen ([www.nwzonline.de/seite1/hannover-cuxhaven-woelfe\\_a\\_50,2,2125141963.html](http://www.nwzonline.de/seite1/hannover-cuxhaven-woelfe_a_50,2,2125141963.html)). Die touristisch wichtigen und ökologisch wertvollen Landschaftstypen wie Heide- und Bergregionen mit den regionstypischen Hutungs- und Almflächen leiden vermehrt unter den Wolfsangriffen (ndr-niedersachsen/Y3JpZDovL25kci5kZS83NmUwODEwMy02OTZkLTQwZDIOWIYi1mOWI5OTcyN2YwZWE/). Diesem muss dringend Einhalt geboten werden. Mit mehr als 130 Rudeln bei einer durchschnittlichen Anzahl von 8 Tieren je Rudel und weiteren Paaren sowie Einzeltieren hat der Bestand die Zahl von ca. 1500 Wölfen, die ernste wirtschaftliche Schäden verursachen, überschritten ([www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.woelfe-in-deutschland-deutlich-mehr-wolfsrudel-in-deutschland.6965d024-ee7a-4443-a8bb-8d983c2bc905.html](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.woelfe-in-deutschland-deutlich-mehr-wolfsrudel-in-deutschland.6965d024-ee7a-4443-a8bb-8d983c2bc905.html); [www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-12/woelfe-deutschland-anzahl-jagdverband-obergrenze](http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-12/woelfe-deutschland-anzahl-jagdverband-obergrenze)). Hohe, ernste, wirtschaftliche Schäden können zurzeit für einzelgeschädigte Betriebe nicht ausgeglichen werden, da die EU de-minimi Förderhöchstsätze auf max. 25.000 € für drei Jahre begrenzt sind. Betriebe die höhere, tatsächlich entstandene Schadenskompensationen annehmen, würden damit Rechtsbruch nach EU-Recht begehen ([https://ec.europa.eu/germany/news/20190222-staatliche-beihilfen-landwirte\\_de#:~:text=Wenn%20ein%20Land%20nicht%20mehr,der%20Jahresproduktion%20noch%20weiter%20anheben](https://ec.europa.eu/germany/news/20190222-staatliche-beihilfen-landwirte_de#:~:text=Wenn%20ein%20Land%20nicht%20mehr,der%20Jahresproduktion%20noch%20weiter%20anheben)).

Die Kosten für das Wolfsmanagement mit Präventions- und Entschädigungskosten betragen bereits für 2019 mehr als 14 Millionen Euro. Im Sinne einer sorgsam Verwendung von Steuergeldern sind hier Änderungen und Anpassungen dringend notwendig ([www.spiegel.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fwissenschaft%2Fnatur%2Fwoelfe-so-viel-kostet-der-wolf-in-deutschland-a-1281258.html&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2Furl%3Fsa%3Dt%26rct%3Dj%26q%3D%26esrc%3Ds%26source%3Dweb%26cd%3D%26ved%3D2ahUKEwj4MTKzMfsAhWRUhUIHc7jCrUQFjAAegQIAxAC%26url%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.spiegel.de%252Fwissenschaft%252Fnatur%252Fwoelfe-so-viel-kostet-der-wolf-in-deutschland-a-1281258.html%26usq%3DAOvVaw1LammjTz7MqABjUOdUHOje](http://www.spiegel.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fwissenschaft%2Fnatur%2Fwoelfe-so-viel-kostet-der-wolf-in-deutschland-a-1281258.html&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2Furl%3Fsa%3Dt%26rct%3Dj%26q%3D%26esrc%3Ds%26source%3Dweb%26cd%3D%26ved%3D2ahUKEwj4MTKzMfsAhWRUhUIHc7jCrUQFjAAegQIAxAC%26url%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.spiegel.de%252Fwissenschaft%252Fnatur%252Fwoelfe-so-viel-kostet-der-wolf-in-deutschland-a-1281258.html%26usq%3DAOvVaw1LammjTz7MqABjUOdUHOje)).

Die Weidetierhalter sind zurzeit wirtschaftlich in Bedrängnis, welches bei einem Wolfsangriff noch verschärft wird, wenn die Schäden, Präventionskosten und Folgekosten nicht zu 100 %, mit wenig bürokratischen Aufwand, erstattet werden. Die Feststellung der Schadensursache und Folgekosten durch Rissgutachter wird bisher ernannten Personen überlassen, deren fachliche Ausbildung und Praxis in der Weidetierhaltung unzureichend ist. Ebenso wird aus der Gruppe der Weidetierhalter von Rissstatistikenmanipulationen durch Rissgutachter berichtet (<https://www.pnn.de/brandenburg/woelfe-in-brandenburg-schaefer-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-rissgutachter-des-umweltamts/22916594.html>). Schwierigkeiten bei der Probenahme von genetischen Nachweisen führen zu Unstimmigkeiten zwischen den Betroffenen und Rissgutachter, die dazu noch ehrenamtlich bei Naturschutzorganisationen tätig sind. Ebenso führt die verzögerte Auszahlung von Leistungen für Präventionsmaßnahmen, bei erhöhtem Wolfsdruck, zu unnötigen tödlichen Wolfsangriffen. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn zum Weidetierschutz würde aber zum Anspruchsverlust der finanziellen Unterstützung dieser Schutzmaßnahmen führen. Bei verspäteten Tierfunden, nach tödlichen Wolfsangriffen, kann der genetische Nachweis meist nicht mehr durchgeführt werden, so dass keine Entschädigung gezahlt wird, auch wenn die Wahrscheinlichkeit hoch war, dass ein Wolf der Verursacher war. Deshalb ist die Forderung zur Beweislastumkehr in Sinne einer verantwortungsbewussten Schadensausgleichsregelung sinnvoll. Die weitere Ausbreitung der Wolfspopulation führt zur erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung in Deutschland. Die Beeinträchtigungen der ländlichen Bevölkerung gehen bereits soweit, dass Waldkindergärten geschlossen wurden ([www.jawina.de/tag/wolfsrisse/](http://www.jawina.de/tag/wolfsrisse/)). Der genetische Austausch zwischen unterschiedlichen Wolfspopulationen durch Wanderwölfe der europäischen Wolfspopulation wurde bereits mehrfach nachgewiesen (<http://woelfeindeutschland.de/weltrekord-wolf-wandert-1-050-km-luftlinie/>). Genetische Inzuchtdepressionen, die für die Anwendung des Begriffes „günstiger Erhaltungszustand“ zu verwenden wäre, sind deshalb aus wissenschaftlicher Sicht nicht zu befürchten. Schädigende Individuen können deshalb jederzeit mit einer fachlichen Begründung entnommen werden. In anderen europäischen Ländern wurde zur Schaffung der Rechtsicherheit bereits Bestandunter- und Bestandsobergrenzen definiert und von der europäischen Gesetzgebung akzeptiert ([www.forum-natur.de/media/afn\\_handlungsvorschlag\\_wolf\\_hoch\\_16\\_01\\_19.pdf](http://www.forum-natur.de/media/afn_handlungsvorschlag_wolf_hoch_16_01_19.pdf)).

Die Rechtsgüter Leben, Gesundheit und Eigentum können bei ausreichenden, politischen Willen auch in regionaler Verantwortung, juristisch legitimiert, über den Wolfsschutz gestellt werden.